

Rede Doro Moritz

Landesvorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg

1. Mai, Pforzheim, DGB-Region Nordschwarzwald

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,

Arbeit für alle bei fairem Lohn. Unter dieses Motto hat der Deutsche Gewerkschaftsbund den 1. Mai im Jahr 2009 gestellt. 2009 ist für den DGB ein besonderes Jahr. Er wird 60. Im Oktober 1949 wählte der DGB, der einheitliche Bund der deutschen Gewerkschaften, Hans Böckler zum ersten DGB-Vorsitzenden.

Seit 60 Jahren engagieren sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften für Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Toleranz und Chancengleichheit. Für diese Ziele werden Gewerkschaften auch in Zukunft eintreten. Das ist Aufgabe der Funktionärinnen und Funktionäre. Das ist aber auch Aufgabe jedes einzelnen Gewerkschaftsmitglieds. Nur gemeinsam können wir das gesellschaftliche, politische und soziale Leben unserer Gesellschaft gestalten!

Der 1. Mai 2009 steht im Zeichen einer Finanz- und Wirtschaftskrise riesigen Ausmaßes. Gerade in dieser Krise, die uns die Banken und Industrieriesen mit ihren verantwortungslosen und profitgierigen Managern eingebracht haben, müssen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter einfordern, dass Arbeitnehmerrechte und das Recht auf Arbeit erst recht in Krisenzeiten gelten. Diese Krise hat ihre Ursache auch in der weltweiten Nachfrageschwäche. Deshalb fordern wir selbstbewusst gerade auch in Krisenzeiten spürbare Gehaltserhöhungen ein. Sie sind das beste Konjunkturprogramm!

Deshalb ist es gut, dass ihr alle gekommen seid!

Ich danke dem DGB Region Nordschwarzwald für die Möglichkeit als neue Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zu euch zu sprechen. Ich komme, wie viele von euch, seit Jahrzehnten nach Pforzheim zur Kundgebung. Ich wohne seit mehr als 30 Jahren in Heimsheim, war dort viele Jahre Grund- und Hauptschullehrerin und ich bin auch sonst nicht weit her. Ich stamme aus Kieselbronn.

Der 1. Mai steht unter dem Motto „Arbeit für alle bei fairem Lohn“. Es wird euch nicht überraschen, dass ich als Vorsitzende der Bildungsgewerkschaft betone: Gute Bildung und Chancengleichheit sind Grundvoraussetzung für die Chancen auf fairen Lohn.

Faire Chancen auf dem Arbeitsmarkt setzen voraus, dass alle Kinder und alle Jugendlichen in der frühkindlichen Bildung und in der Schule faire Chancen auf bestmögliche Entwicklung und Bildung bekommen. Das Land Baden-Württemberg hat diesen Anspruch in Artikel 11 der Landesverfassung festgeschrieben. Dort heißt es: „Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung. Das öffentliche Schulwesen ist nach diesem Grundsatz zu gestalten“. Dieser Rechtsanspruch wird in Baden-Württemberg permanent verletzt und gebrochen.

In keinem anderen Land der OECD hängt der Schulerfolg so sehr von der sozialen Herkunft ab wie in Deutschland. Ein Kind aus einer Akademikerfamilie hat immer noch sechs Mal größere Chancen aufs Gymnasium zu kommen als ein Kind aus einer Arbeiterfamilie. Ich fordere Ministerpräsident Oettinger auf, endlich durch vernünftige bildungspolitische Entscheidungen für Chancengleichheit zu sorgen! Ich erwarte, dass er nicht nur plakativ das Kinderland Baden-Württemberg ausruft, sondern eine klare Kurskorrektur in der Haushalts- und Bildungspolitik vornimmt!

Lasst mich diese ungerechte und konzeptionslose Bildungspolitik mit Beispielen belegen:

Ich beginne mit der frühkindlichen Bildung. Baden-Württemberg bildet bundesweit das Schlusslicht bei der Zahl der Kinderbetreuungsplätze unter drei Jahren. Jeder vernünftige Mensch weiß, dass es wesentlich effektiver und auch billiger ist, früh zu investieren statt spät zu reparieren. Trotzdem weigert sich das Land Baden-Württemberg konsequent, eine gute Sprachförderung in den Kindertageseinrichtungen und Grundschulen zu installieren. Sprachförderung wird ausschließlich durch die Landesstiftung finanziert. Es ist ein Skandal, dass die Landesstiftung künftig nur noch Kinder unter fünf Jahren fördern will. Gefördert werden soll außerdem nur noch, wenn sechs Kinder Förderbedarf haben.

Ist das faire Bildungspolitik, wenn ein Kind nur dann gefördert wird, wenn fünf andere auch förderbedürftig sind? Nein, das ist nicht fair! Auf dem flachen Land wird es dann keine Sprachförderung mehr geben.

Statt für Sprachförderung gibt die Landesregierung 10,6 Millionen für Sprachstandstests aus. Es hilft den Kindern nicht, wenn Musterländle mit seiner Testeritis an Kindertageseinrichtungen und Schulen Weltmeister wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sprache lernt man nicht durch Testen, sondern durch Sprechen. Deshalb brauchen Erzieherinnen zusätzliche Zeit und eine bessere Ausbildung, um die individuelle Sprachförderung und die vielfältigen anderen Aufgaben der Stärkung und Unterstützung der Kinder besser leisten zu können!

Es ist kein fairer Lohn, dass sich im Bildungsbereich die Bezahlung nach dem Alter der Kinder richtet! Wer mit kleinen Kindern arbeitet, bekommt in unserem Land ein kleines Gehalt, wer mit größeren Kindern arbeitet, bekommt ein größeres Gehalt. Deshalb ist das Gehalt nicht nur bei den Erzieherinnen und den wenigen Erziehern niedrig, sondern auch bei den Lehrerinnen und den wenigen Lehrern an Grundschulen. Nein, das ist nicht fair! Denn die Arbeit mit kleinen Kindern ist keinesfalls weniger wert, im Gegenteil: Sie legt die entscheidenden Grundlagen. Mein besonderer Gruß gilt deshalb heute den Kolleginnen und Kollegen, die mit ver.di und der GEW in den Tarifaueinandersetzungen im Sozial- und Erziehungsdienst stehen. Sie streiten für einen besseren Arbeits- und Gesundheitsschutz und für fairen Lohn, d.h. für Erzieherinnen Eingruppierung in Gruppe 9 und nicht wie bisher in Gruppe 6.

Dieser Arbeitsplatz muss attraktiver werden. Sonst kann der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz bis zum Jahr 2014 nicht eingelöst werden! Fast 50.000 zusätzliche Erzieherinnen und auch Männer brauchen wir dafür.

Statt kleinem Gehalt brauchen wir im Kindergarten und in der Grundschule kleinere Gruppen, damit die kleinen Persönlichkeiten in ihrer Entwicklung gefördert und unterstützt werden können.

Wir brauchen mehr Zeit für die Lehrerinnen und Lehrer, die in Zusammenarbeit mit den Eltern investiert wird. Es reicht nicht aus zu sagen, Eltern müssen ihre Erziehungsaufgabe wahrnehmen und sie dann mit dieser großen Aufgabe alleine zu lassen in einer Gesellschaft, die durch Profit, Prestige und Egoismen geprägt ist und keine Grenzen kennt.

Wisst ihr, dass sich trotz aller mit Selbstlob gespickten Pressemitteilungen des Kultusministeriums im Kinderland Baden-Württemberg die Unterrichtsversorgung in den letzten 20 Jahren nicht verbessert, sondern verschlechtert hat? Gleichzeitig wurde die Arbeit mit Schülerinnen und Schülern immer schwieriger. Die jährlichen Zahlen des Statistischen Landesamtes sprechen eine klare Sprache: An den Grund- und Hauptschulen hat sich die Lehrerversorgung gegenüber 1985 um 4 Prozent verschlechtert. An den Realschulen um 19 Prozent, am Gymnasium um 15 Prozent. Verwunderlich ist deshalb nicht, dass es an den Grund- und Hauptschulen je Klasse und Woche nur 15 Minuten Förderunterricht gibt. Die Stundenzahl für Sprachförderung hat sich in den vergangenen fünf Jahren halbiert.

Bezogen auf das Brutto-Inlandsprodukt sind die Bildungsausgaben in den vergangenen Jahren kontinuierlich zurückgegangen und liegen in Deutschland weit unter dem OECD-Durchschnitt. 7 Prozent wurden uns beim Bildungsgipfel der Kanzlerin, dem Gipfel der Unverbindlichkeiten, versprochen!

Zu fairen Chancen in der Bildung gehört die Diskussion um die Hauptschule, um die Frage, ob Kinder über die Grundschule hinaus gemeinsam lernen sollen. Ich frage euch: Warum soll das, was in der Grundschule vier Jahre lang funktioniert, in Klasse 5 nicht mehr funktionieren? In der Grundschule sind Kinder aller Begabungen

gemeinsam im Unterricht. Nur noch 17 Länder in Europa sortieren die Kinder nach Klasse 4 auseinander. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, 16 Länder davon liegen in Deutschland. Es geht nicht darum, durch längeres gemeinsames Lernen die Leistungsanforderungen zu reduzieren, damit womöglich alle mit Abitur die Schule verlassen. Nein. Es geht darum, dass das frühe Sortieren in schulische Schubladen die Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft zementiert. Kinder, die mit der Hauptschulempfehlung aussortiert werden, werden beschämt, sie sehen für sich keine berufliche Perspektive. Dass es anders geht, beweisen nahezu alle anderen OECD-Staaten. Die Schule ist für die Kinder da, nicht die Kinder für die Schule. So lange wir unterschiedliche Schulschubladen haben, ist es leicht zu sagen, dieses Kind gehört nicht in diese Schule. Wir dürfen kein Kind zurücklassen – diese Philosophie des skandinavischen Bildungswesens muss auch zur Leitlinie der deutschen Bildungs- und Sozialpolitik werden.

Was macht die baden-württembergische Landesregierung anstatt das Sortieren in Schubladen endlich zu beenden: Sie erfindet eine neue Schublade. Werkrealschule heißt sie. Sie ist für mich aktiver und planmäßiger Betrug der Hauptschülerinnen und Hauptschüler um ihre Bildungschancen – versprochen hatte die Landesregierung etwas anderes. Nicht einmal die Hälfte wird die Werkrealschule erfolgreich abschließen.

Oettinger und Kultusminister Rau erklären die Hauptschule zur Schule der „praktisch Begabten“, sie lassen aber für den Werkrealschulabschluss ausgerechnet nur nach den Noten in Deutsch, Mathematik und Englisch aussortieren. Sie geben aber in diesen Fächern weder den Starken noch den Schwachen in den Hauptschulen eine einzige zusätzliche Stunde. Ein Ministerium, das versucht, die Werkrealschule als Fortschritt zu verkaufen, hat die Bezeichnung "Bildungsministerium" nicht verdient.

Ich erwarte von Kultusministerium auch für die Beruflichen Schulen schnelles Handeln. In diesem Sommer bestehen große Probleme beim Übergang nach dem mittleren Bildungsabschluss auf berufliche Gymnasien und Berufskollegs. Zwei Jahrgänge aus dem allgemein bildenden Gymnasium aus G 8 und aus G 9 wollen auf berufliche Gymnasien, Berufskollegs und in andere berufliche Bildungsgänge gehen. Der Lehrermangel an den Beruflichen Schulen verhindert das, obwohl die

Schülerinnen und Schüler den geforderten Notendurchschnitt erreicht haben. Es stehen viel zu wenige Schulplätze zur Verfügung.

Ist es fair, dass das Land Bildungsabschlüsse über die beruflichen Schulen verspricht und dann nicht genügend Plätze schafft? Nein, das ist Verrat an der Berufsperspektive motivierter Jugendlicher!

Um Chancengleichheit herzustellen, brauchen wir Ganztagschulen. Sie tragen dazu bei, die Nachteile der sozialen Herkunft auszugleichen, dort kann der Lernort zum Lebensort werden. Mit der Ganztageschule light à la Baden-Württemberg geht das allerdings nicht. Wer Ganztagschule auf Ehrenamtlichen aufbaut, hat kein Konzept. Höchstens 45 Minuten pro Tag an zusätzlicher Zeit finanziert das Kinderland Land Baden-Württemberg. Das ist keine zukunftsweisende Bildungspolitik! Den Schulen fehlt professionelle Hilfe wie z.B. Schulsozialarbeiter/innen. Keinen Euro zahlt das Land dafür.

Nach der Amokdrohung 2006 wurde die Zahl der Schulpsycholog/innen in Baden-Württemberg verdoppelt. Das hört sich toll an. In Wirklichkeit wurden aus 50 Schulpsycholog/innen 101 - für 1,5 Millionen Schülerinnen und Schüler. Damit ist das Kinderland Baden-Württemberg immer noch Schlusslicht in der Republik!

Lasst mich noch einen Satz zur Werbekampagne der Landesregierung um Lehrerinnen und Lehrer sagen. Mit „Sehr guten Morgen Frau Lehrerin“ wirbt das Land Baden-Württemberg in der ganzen Republik auf großflächigen Plakatwänden um Lehrerinnen und Lehrer. Warum? Seit vielen Jahren wurden die hier ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer mit befristeten Verträgen von Ferien zu Ferien beschäftigt. Deshalb wanderten sie in andere Bundesländer ab. Was ich jetzt sage, ist kein Witz: Letzten Sommer haben Lehrerinnen und Lehrer wie üblich in dieser Situation für die Sommerferien Hartz IV beantragt. Um die Leistungen zu bekommen, mussten sie rund ums Karlsruher Wildparkstadion täglich drei Stunden Laub sammeln, Rasen mähen und Hecken schneiden, um dann nach den Sommerferien wieder beim Staat in Lohn und Brot zu sein. Ihr gewerkschaftlicher Rechtsschutz hat inzwischen ihre Interessen erfolgreich vor Gericht vertreten!

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir brauchen ein gut ausgestattetes Bildungswesen in staatlicher Verantwortung, und zwar unabhängig von der Finanzkraft der Kommunen. Und wir brauchen nicht nur ein Konjunkturprogramm II, damit es nicht mehr in die Schulen rein regnet und neue Fenster eingebaut werden können. Deutschland braucht allein im Bildungsbereich jährliche Mehrinvestitionen in Höhe von 30 Milliarden Euro, um das skandinavische Mittelmaß zu erreichen. Das brächte neue Arbeitsplätze und würde unser Land fit für die Zukunft machen.

Nur durch gute pädagogische und sozialpädagogische Arbeit können wir verhindern, dass Versäumnisse in der Entwicklung der kleinen Persönlichkeiten, ihrer Fähigkeiten und Begabungen in wenigen Jahren zu einem gesellschaftlichen Konfliktpotenzial riesigen Ausmaßes werden. Es geht dabei nicht nur um Migrantinnen und Migranten. Es geht um sozial Benachteiligte. Zu fairen Chancen gehört auch die Beseitigung der Kinderarmut. Mehr als 3.000 Schulkinder sind in Pforzheim von Armut betroffen oder unmittelbar bedroht. Armut belastet, Armut grenzt aus, Armut bedeutet Verlust der Würde. Armut verursacht Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit. Bildungsarmut und materieller Armut gehören zusammen. Wer nichts lernt, bleibt arm. Ein Leben lang.

Wenn in vielen Schulen kaum ein Hauptschüler eine Lehrstelle findet, müssen wir uns nicht wundern, dass die Jugendlichen resignieren und aggressiv werden.

Wir brauchen nicht nur einen Schutzschirm für Arbeitsplätze. Wir brauchen auch einen Schutzschirm für Ausbildungsplätze.

Nur noch eine Minderheit der Betriebe bildet aus. Das hat fatale Folgen: Frustration, Resignation und das Gefühl überflüssig zu sein, machen sich breit. Wer keinen Platz in unserer Gesellschaft findet, wird schnell abgestempelt und gibt sich selbst auf. Wer 50 und mehr Bewerbungen geschrieben hat, selten eine Antwort bekommt, Praktika in Hülle und Fülle macht und Gelegenheitsjobs annimmt, wie soll der sich in dieser Gesellschaft noch wohl fühlen? Die Chancen aller jungen Menschen müssen verbessert werden. Dies gilt insbesondere für Jugendliche mit Migrationshintergrund, Hauptschülerinnen und Hauptschüler sowie leistungsschwächere oder behinderte Jugendliche.

In was für einer Gesellschaft leben wir, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, in der wegen angeblich leerer Kassen weder für Bildung noch für soziale Grundsicherung das notwendige Geld vorhanden ist, wo aber plötzlich Hunderte Milliarden hergezaubert werden, um Banken zu retten!

Stattdessen wird Bildung privatisiert und Kosten mehr und mehr auf den Einzelnen abgewälzt. Das beginnt beim teuren Luxus-Kindergarten und reicht bis zur privaten Hochschule. Das ist der falsche Weg! Das verschärft die soziale Spaltung in der Gesellschaft und muss politisch bekämpft werden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Finanz- und Wirtschaftskrisen sind keine Schicksalsschläge! Die jetzige Krise hat den Menschen glasklar deutlich gemacht: Zügellose Märkte sind kein Erfolgsrezept für Wohlstand – im Gegenteil, sie drohen weltweit die wirtschaftliche Basis von Staaten und ihren Bürgerinnen und Bürgern zu zerstören. Seit Jahren haben Gewerkschaften die fehlende soziale Verantwortung staatlichen und unternehmerischen Handelns beklagt. Und jetzt sollen genau wir, die vor den Folgen gewarnt haben, die Zeche zahlen? Nicht mit uns!

Marktgläubigkeit, Deregulierung, Privatisierung, Shareholder-Value-Kapitalismus und die Gier nach kurzfristiger Gewinnmaximierung, das Schielen auf Aktienkurse haben diese Krise verursacht. Viele, die daran mitgewirkt haben, waschen ihre Hände jetzt in Unschuld. Lasst uns die Bankmanager nicht vergessen: Ihre unbegrenzte Schamlosigkeit treibt die Weltwirtschaft in den Ruin. Trotz Verantwortlichkeit für Milliardenverluste erhielten die Vorstandsvorsitzenden der DAX 30-Unternehmen haben im vergangenen Jahr durchschnittlich 5,3 Millionen Euro. Das ist ein neuer Rekord! Ihre Bezüge sind in den vergangenen zehn Jahren um über 240 Prozent gestiegen. Das ist obszön! Ich sage: Nicht mit uns!

Daher fordern wir den Gesetzgeber auf, die im Aktiengesetz formulierte Angemessenheit der Vorstandsvergütung endlich zu konkretisieren!

Vertrauen in die Politik braucht einen handlungsfähigen Staat, der Gerechtigkeit schafft statt Reiche noch reicher zu machen.

Deshalb lautet unser Motto am 1. Mai, dem Tag der Arbeit: „Arbeit für alle bei fairem Lohn“.

Gute Arbeit ist kein Privileg, sondern das Recht aller Menschen. Deshalb treten wir ein für den Erhalt von Arbeitsplätzen, für Arbeit für alle und für Existenz sichernde Löhne. Nur das garantiert auch im Alter ein Leben ohne Armut.

Die Zahl der Menschen, die eine normale unbefristete und ihrer Qualifikationen entsprechend bezahlte Beschäftigung haben, nimmt ab. Ungeregelte Beschäftigungsverhältnisse, zeitlich befristet und gering bezahlt, mit deutlich schlechteren Standards sozialer Sicherheit drohen von der Ausnahme zur Regel zu werden. Deshalb ist es wichtig, dass die Tarifpolitik das wichtigste Instrument zur Umsetzung und Gestaltung von Arbeitnehmerinteressen in den Betrieben ist und bleibt und Gewerkschaften weiterhin für Entgelterhöhungen und für die Beschäftigungssicherung eintreten. Wir fordern die Arbeitgeber auf, auftragsschwache Zeiten konstruktiv zu nutzen und Beschäftigung zu stabilisieren. Dazu gehört insbesondere die Qualifizierung von Beschäftigten.

Den Betriebs- und Personalräten kommt eine Schlüsselrolle bei der Arbeitsplatz- und Lohngestaltung, bei der Beschäftigungssicherung zu. Sie können die Arbeitsbedingungen im Betrieb und Unternehmen verbessern. Und sie tun es jeden Tag! Betriebsräte müssen mit umfassenden Mitbestimmungsrechten bei der Sicherung und Förderung von Beschäftigung, der Standortsicherung und Qualifizierung ausgestattet werden. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie hierfür die gesetzlichen Grundlagen schafft und die Einflussmöglichkeiten der Betriebsräte verbessert!

Wir müssen die Forderung in den Mittelpunkt stellen: Von der Arbeit muss man leben können! Mehr als 2,5 Millionen Menschen müssen in Deutschland mit Armutslöhnen auskommen. 1,3 Millionen Beschäftigte sind trotz Arbeit auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen. Damit geht fast jeder vierte erwerbsfähige Hartz IV-Empfänger einer abhängigen Erwerbstätigkeit nach. Es ist menschenunwürdig, Arbeitslose in

Beschäftigungsverhältnisse zu zwingen, die ihnen selbst bei Vollzeittätigkeit keine Existenzgrundlage bieten.

Wir brauchen den Mindestlohn. Bei 7,50 Euro würde auch der Staat profitieren. Er könnte mindestens 1,5 Milliarden Euro an Hartz-Ausgaben sparen. Das zweite, was wir brauchen, sind armutsfeste Sozialleistungen. Die Hartz IV-Regelsätze schützen nicht vor Armut.

Beim Thema faire Löhne muss immer noch über die Ungleichheit der Bezahlung zwischen Männern und Frauen geredet werden. Es ist nach wie vor empörend: Frauen verdienen in Deutschland 22 Prozent weniger als Männer. Einkommensdifferenzen zwischen Frauen und Männern existieren europaweit, aber vor allem in Deutschland ist diese Entgeltlücke besonders groß.

Noch viel schlimmer, sie vergrößert sich sogar. Das hat viel damit zu tun, dass Frauen immer stärker in Teilzeitarbeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie Minijobs abgedrängt werden.

Auch junge Beschäftigte brauchen und wünschen sich vor allem einen sicheren Arbeitsplatz und ein ausreichendes Einkommen.

Die zunehmend schwierige und unsichere Lebenslage junger Menschen darf nicht länger ignoriert werden. Wir werden daher weiterhin Missstände aufdecken, den Betroffenen zur Seite zu stehen und nach Lösungen suchen.

Wir wollen „Gute Arbeit“ für alle Beschäftigten, ob jung oder alt, weiblich oder männlich. Und das bedeutet für uns Ausbildungsplätze für alle, Jobs statt Schein-Praktika, unbefristete Verträge statt Projektarbeit, soziale Sicherung statt Schein-Selbständigkeit, angemessene Einkommen statt Armut trotz Arbeit, Mitbestimmung statt Angst und Erpressbarkeit.

Das Vertrauen in Politik und in die Wirtschaft kann nur gestärkt werden, wenn faire Arbeitsbedingungen gesetzlich geregelt werden.

Es ist schon paradox: Der gestaltende Staat ist gefragt wie selten in den letzten Jahren und gleichzeitig wollen ihm viele noch weiter an die finanzielle Substanz und die Steuern für Unternehmen und Wohlhabende immer weiter senken.

Diese Steuersenkungen der letzten Jahre sind Teil der heutigen Einnahmekrise. Es muss darum gehen, dass gerade die Einnahmen aus den gerechten Steuern – also progressive Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, und Erbschaftssteuer deutlich erhöht werden und die Vermögenssteuer wieder eingeführt wird. Wir brauchen mehr Staatseinnahmen und nicht um weniger!

Dass der Staat sich Handlungsspielräume erhält, ist leider nicht selbstverständlich. Wir erleben gerade das Gegenteil – Stichwort Schuldenbremse.

Was sich irgendwie plausibel anhören soll – der Staat soll sich nicht über immer weitere Kreditaufnahmen zusätzlich verschulden – ist in Wahrheit ein großes politisches Desaster, das wir der Föderalismusreform verdanken! Die Schuldenbremse, die jetzt für Bund und Länder ins Grundgesetz geschrieben werden soll, wird die öffentlichen Haushalte knebeln! Wer eine solche Regel ins Grundgesetz schreibt, lässt den Staat verarmen und verspielt die Möglichkeit, Zukunft aktiv zu gestalten.

Die geplante Neuregelung ist ein Angriff auf den Sozialstaat! Die Schuldenbremse verhindert Investitionen in Bildung und Soziales. Die Schuldenbremse darf nicht ins Grundgesetz!

Was wir auch nicht brauchen ist die Rente mit 67. Sie wird für viele nichts anderes als eine Rentenkürzung. Wenn sie es nämlich nicht schaffen, bis zum 67. Lebensjahr zu arbeiten, werden sie mit höheren Abschlägen in Rente geschickt. Deswegen bleiben wir bei unserer Ablehnung der Rente mit 67. Wie unglaublich das Argument ist, die Renten und auch die Pensionen seien nicht mehr finanzierbar, zeigt ein Blick auf die Kosten. 5 Mrd. kostet die Abwrackprämie in diesem Jahr. 5 Mrd. würde auch die Beibehaltung der Rente mit 65 kosten. Und sie würde vor allem den jungen Menschen, die sich eine Berufs- und Lebensperspektive aufbauen wollen, eine Chance lassen.

Immer deutlicher wird, dass höhere wirtschaftliche Wachstumsraten allein keinen sozialen Fortschritt für die Menschen bedeuten, wenn damit noch größere Zerstörung und Gefährdung der Umwelt, Gesundheit und allgemeiner Lebensqualität verbunden sind. Deshalb müssen die Inhalte des Wachstums im Sinne eines qualitativen Wachstums verändert werden.

Qualitatives Wachstum heißt für uns: Umwelt- und sozialverträgliches Wachstum, das Wohlstand und Beschäftigung vermehrt, die Arbeits- und Lebensbedingungen sowie die Umweltqualität verbessert, den Rohstoff- und Energieeinsatz verringert und dazu beiträgt, die Kosten im Gesundheits- und Umweltbereich langfristig zu senken.

Mit ökologischer Industriepolitik wird die Umweltpolitik auf eine neue zukunftsfähige Grundlage gestellt, die Umwelt, Innovation, Wachstum und Beschäftigung als Einheit begreift. Und deshalb halten wir nach wie vor am Atomenergieausstiegsbeschluss fest. Er schafft Platz und Planungssicherheit für moderne, zukunftsfähige und umweltfreundliche Energietechnologien.

Lasst mich noch eine große gesellschaftliche Aufgabe ansprechen. Wir brauchen einen anderen, einen fairen Umgang mit Migrantinnen und Migranten. Sie sind rund ein Fünftel der Bevölkerung in Deutschland.

Migrantinnen und Migranten sind Teil der kulturellen Vielfalt in den Kommunen. Sie sind nicht wegzudenken aus den Unternehmen und Betrieben. Und Migrantinnen und Migranten sind in den Gewerkschaften und Betriebsräten aktiv. Dennoch: Vielen von ihnen wird mangelnder Integrationswillen unterstellt! Anscheinend die billigste Art und Weise, um von den realen ökonomischen und sozialen Defizite unserer Gesellschaft abzulenken. Die mit der Einwanderung verbundenen Herausforderungen und Probleme dürfen nicht tabuisiert werden. Deshalb haben sich die Gewerkschaften an der Entwicklung des Nationalen Integrationsplans beteiligt und eingefordert, die Beseitigung struktureller Missstände im Bildungssystem sowie die politischen und ökonomischen Ausgrenzungsprozesse zum Schwerpunkt der Integrationspolitik zu machen.

In politischer Dimension eine große Herausforderung bilden die Rechtsextremen.

Fast schon jede Woche rufen Rechtsextreme zu Aufmärschen auf. Die Anlässe sind vielfältig. Und leider kann auch Pforzheim dazu Beispiele beitragen. Der heidnische Sturm, die Nagoldfront, die Vorgänge am Kepler-Gymnasium, ...

Die zunehmende Gewaltbereitschaft der Neonazis und Rechtsextremen muss die Politik aufrütteln und zum Handeln bewegen. So wichtig ein Verbot der NPD und anderer neonazistischer Organisationen ist, so notwendig ist die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit rechtsextremen und rassistischen Einstellungen, die bis weit in die Mitte der Bevölkerung reichen. Rassistische Einstellungen sind nicht abhängig vom sozialen Status.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, jeder und jede Einzelne von uns ist aufgefordert, Zivilcourage zu zeigen, Position zu beziehen. Und natürlich erwarten wir dasselbe von den politisch Verantwortlichen und allen gesellschaftlich relevanten Kräften.

Und deshalb kämpfen wir für gleiche Rechte und die Gleichbehandlung, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, Alter oder einer Behinderung.

Unsere Positionen sind klar. Wir müssen sie im Superwahljahr bei den Kommunal-, Europa- und Bundestagswahlen thematisieren. Gewerkschaften sind parteipolitisch unabhängig, aber wir sind politisch!

Alle Parteien beziehen sich in ihren Wahlaussagen direkt oder indirekt auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig beschäftigten Menschen.

Es ist daher nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht von Gewerkschaften die Wahlaussagen aller Parteien öffentlich zu bewerten und sie mit eigenen Forderungen zu konfrontieren.

Am 7. Juni 2009 wählen wir eine starke und selbstbewusste Volksvertretung – unsere Vertretung.

Lasst uns gemeinsam die progressiven Kräfte im Europäischen Parlament stärken und dafür sorgen, dass die Regierungen in Europa merken, dass es Zeit für ein neues Europa ist, für ein soziales Europa!

Arbeit für alle – aber bei fairem Lohn, das braucht Europa mehr denn je. Das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit in Europa sein. Es wurde aber zuletzt durch eine Serie von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs in Frage gestellt. In diesen Urteilen, bekannt unter den Namen Viking, Laval, Rüffert und Luxemburg, hat der Europäische Gerichtshof deutlich gemacht, dass in Europa die wirtschaftlichen Grundfreiheiten von Unternehmen über die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gestellt werden. Diese Urteile haben schwerwiegende Folgen: Sie schreiben den Mitgliedstaaten der EU und den Gewerkschaften vor, wie in Europa Arbeitsbedingungen festzulegen sind – ein nicht hinnehmbarer Eingriff in unsere Tarifautonomie! Lohn- und Sozialdumping wird damit Tür und Tor geöffnet.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort – dafür stehen wir!

Zeigen wir gemeinsam unsere Stärke. Auf der Straße.

Am 14. Mai fangen wir im Rahmen der Kampagne des europäischen Gewerkschaftsbunds mit einer Großdemonstration in Spanien an, gefolgt von kraftvollen Demonstrationen in Brüssel am 15. Mai und in Berlin und Prag am 16. Mai.

Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen, wir agieren, wir kämpfen zusammen. Für einen Sozialpakt in Europa und für eine bessere und nachhaltige Krisenbewältigung! Für eine gerechte, soziale und demokratische Gesellschaft!